



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

††: Von der preußischen Grenze.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Aussprache verstehen kann, mitten unter verschiedenem Tadel der Aussprache anderer Landschaften.

Das meißnische Deutsch löste seit dem 15. Jahrh. das schwäbische des Mittelalters als Schwerpunkt für die Spracheinigung ab, an deren Herstellung die ganze künftige Entwicklung der deutschen Nation hing; und es war, wenn man das Ganze überblickt, eine fast wunderbar glückliche Fügung, daß es so kam, denn der schwäbischen oder der bairischen oder einer andern süddeutschen Sprache wäre es sicher viel später oder vielleicht nie gelungen, das große niederdeutsche Gebiet für sich zu gewinnen: dazu war eine Mundart nöthig, die in ihrem Wesen wie im Raum die Mitte einnahm zwischen beiden so verschiedenen Sprachkörpern, um beide anziehen und versöhnen zu können, eine mitteldeutsche. Daß aber gerade das Meißnische dazu berufen war, dem Vaterlande diesen unschätzbaren Dienst zu leisten, dazu mag irgendwie gleich im ersten Auftreten der Cultur in dem den Slaven neu abgewonnenen Meißner Lande der Keim gelegt worden sein; daß der Keim aber so gedieh und zum Ziele erwuchs, das ist außer günstigen äußern Verhältnissen hauptsächlich der gewaltigen Persönlichkeit Luthers zu verdanken, die auch hierin mit weitgreifender und nachhaltiger Wirkung der Bewegung den durchschlagenden Anstoß gab.

Von der preußischen Grenze.

Schon während des italienischen Kriegs war das Verhalten Oestreichs gegen Preußen keineswegs von der Art, wie es unter engen Bundesgenossen, die gemeinschaftliche Gefahren bestehen und daher auch über die zu fassenden Entschlüsse gemeinschaftlich Rath halten, zu sein pflegt. In hochfahrender Weise faßte Oestreich seine entscheidenden Entschlüsse, nicht nur ohne den Rath des Bundesgenossen zu hören, sondern ohne ihm sein Vorhaben auch nur mitzutheilen. Obgleich es sich um keine Bundesache handelte, obgleich Oestreich Zwecke verfolgte, die weit über die Sachlage hinausgingen, betrachtete es die von Preußen erwartete Hilfe als eine einfache Pflicht, zu welcher Preußen durch die Majorität des Bundestages gezwungen werden und für die es nicht den mindesten Dank beanspruchen sollte. Die damalige preußische Politik zu vertreten ist nicht unsre Sache; sie hätte beinahe dahin geführt, daß Preußen für eine ihm fremde Sache in einen höchst unpopulären Krieg verwickelt und der Gefahr ausgesetzt worden wäre, diesen Krieg am Ende allein

zu führen und die Kosten allein zu zahlen. Der Tag von Villafranca rettete es aus dieser Verwicklung.

Seit dieser Zeit ist die Haltung Oesterreichs immer feindseliger geworden. Nicht bloß in der Oesterreich angehörenden Presse, sondern in officiellen Aktenstücken wurde das Verhalten Preußens in einer Weise erörtert, für welche die Diplomatie kein Beispiel kennt. Ein großer Theil der übrigen deutschen Regierungen schloß sich Oesterreich insofern an, als sie Preußen in jedem Augenblick fühlbar machten, daß seine Stellung zum Bunde jede selbstständige Politik ausschloße; daß Oesterreich zwar das Recht habe, seine auswärtige Politik in souveräner Weise zu leiten, ohne Anfrage beim deutschen Bund, Preußen aber nicht; daß vielmehr Preußens auswärtige Politik durch die Majorität des Bundestages geregelt werden solle; durch eine Majorität, welche, wenn nicht entschieden gegen Preußen gerichtet, doch wenigstens von Preußen ganz unabhängig war. Dieses Spiel der Diplomatie dauert noch bis jetzt fort; noch in der ersten Sitzung dieses Jahres hat man Preußen überstimmt, zwar in Nebendingen, aber doch in der sichtbaren Absicht, ihm das wahre Sachverhältniß wiederum fühlbar zu machen.

In demselben Ton wiederholte die großdeutsche Presse die alten Anklagen gegen Preußen und kam wieder auf das Argument zurück, welches sich im letzten Semester oft genug geltend gemacht. Dadurch nämlich, daß Preußen zögerte, in einer Sache, die nicht Bundessache war, auf das erste Aufgebot Oesterreichs seine Truppen gegen Frankreich marschiren zu lassen, habe es den Schutz des mächtigen Oesterreich verwirkt, habe es Oesterreich seiner Bundespflichten entbunden; und wenn der Kaiser Napoleon das in Preußens Besitz befindliche deutsche Bundesland angriffe, so würde Oesterreich so lange zusehen, bis man seine Hilfe durch gewisse, nicht näher angegebene Zugeständnisse erkaufe. Dieses Argument ist noch in den letzten Tagen mit rühmlicher Offenheit von einem österreichischen Blatt angebracht worden.

Die stille Voraussetzung war, daß die Erklärung des Kaisers: Frankreich kämpfe für Ideen, nur eine leere Redensart sein könne; daß seine Absicht, als er die italienische Frage anregte, keine andere war, als Preußen zu isoliren; daß es ihm lediglich auf die Eroberung der Rheingrenze ankomme, daß jetzt die Freundschaft mit Oesterreich so warm als möglich sei, daß er, wenn Oesterreich ihm die Rheinprovinz abtrete, ihm zur Entschädigung gern Schlesien abtreten und daß auch für andere gute Freunde in der reichen Beute sich Vorrath genug vorfinden werde. Daß solche Gedanken mehr oder minder offen ausgesprochen wurden, ist freilich neu; daß man sie hegte, war Keinem unbekannt, der in menschlichen Dingen an einen Causalnexus glaubt.

Die letzten Ereignisse haben gezeigt, daß wenigstens vorläufig die Rechnung ohne den Wirth gemacht war. Walewskis Entlassung und Thouvenels Ernennung zeigen deutlicher noch als die vielbesprochene Broschüre, daß Kaiser Napoleon noch nicht die Absicht hat, da in Gemeinschaft mit Oesterreich eine Execution auszuführen, wo er unter dem Namen eines Befreiers aufgetreten war. Sonderbarerweise hat diese Wendung so überrascht, daß noch nirgends ein fester Entschluß gefaßt zu sein scheint, daß der europäische Congreß sich wieder vertagt. Wiederum ist Preußen in eine sehr günstige Lage versetzt, ohne sein Zuthun, lediglich durch die natürliche Schwere der Dinge. Suchen wir uns seine Aufgabe unter diesen Umständen deutlich zu machen.

Die Ostdeutsche Post hat in einem sehr wichtigen Artikel über die preussische Politik gespöttelt, sie sei nicht fähig in einem bestimmten Fall Ja oder Nein zu sagen; diese Vorwürfe sind keineswegs ganz unbegründet, aber sie verlieren an Gewicht, wenn man bedenkt, daß das unmittelbare Interesse, welches doch am schwersten ins Gewicht fällt, für Preußen in all diesen brennenden Fragen nicht klar genug ist, und daß der Staat nicht Kräfte genug besitzt, um seine Mannschaft für Ideen ins Feld zu schicken. Wenn wir daher mit den jetzigen und früheren Leitern der Politik darin einverstanden sind, daß Preußen seine Betheiligung an den europäischen Handlungen zunächst nicht nach den europäischen, sondern nach seinen eignen Interessen einzurichten habe, so möchten wir doch diesen Satz durch einen zweiten ergänzen. Wenn nämlich sein eignes Interesse nicht laut genug spricht, so hat es seine Handlungsweise nach dem europäischen Interesse abzumessen, welches in letzter Instanz doch wieder das seinige ist. Das europäische Interesse bei der italienischen Frage ist sehr klar.

Die italienische Frage stört die Ruhe Europas auf eine zwiefache Art. Einmal ist die nationale Kraft, die sich gegen die Herrschaft der Fremden empört und der Nation eine staatliche Form geben möchte, bis jetzt zwar noch nicht im Stande gewesen, dies Ziel zu erreichen; sie hat aber, trotz aller fremden Intervention, seit vierzig Jahren eine Gährung unterhalten, die jeden Augenblick in eine Revolution auszubrechen und dies Ungeheuer auch in anderen Ländern wach zu rufen droht. Zweitens ist Italien, so lange es in der alten Hülflosigkeit bleibt, ein beständiger Tummelplatz für die ehrgeizigen Leidenschaften Frankreichs und Oestreichs, mit andern Worten, die stete Gelegenheit zu einem europäischen Kriege.

Das gegenwärtige Sachverhältniß ist nun folgendes: Oestreich hat die Lombardei an Sardinien verkauft, aus Toskana, Modena, Parma und den Legationen sind die bisherigen Herrscher vertrieben und die Bevölkerung hat einmüthig den Willen ausgesprochen, in Sardinien aufzugehen. Nur die offene Gewalt könnte sie ihren alten Beherrschern wieder unterwerfen. Diese Gewalt anzuwenden ist aber nicht bloß dem nationalen Willen Italiens, sondern auch dem europäischen Interesse entgegen, welches letztere diesmal mit dem Willen der Bevölkerung vollkommen identisch ist.

Die Ostdeutsche Post bemerkt in dem angeführten Artikel: wenn Preußen consequent wäre, so müßte es das Aufgehen von ganz Italien in Sardinien verlangen. Wir erlauben uns die entgegengesetzte Behauptung: wenn Preußen consequent ist, muß es nicht für Großitalien, sondern für Kleinitalien eintreten.

Wir halten auf das Nationalitäts-Prinzip große Stücke, ja wir sind fest überzeugt, daß bei dem jetzigen Fortschritt der Politik nur diejenigen Staaten Aussicht auf Dauer und Gedeihen haben, die auf einer nationalen Basis ruhen. Damit wollen wir eben so wenig sagen, daß alle Menschen, die eine Sprache reden, auch einen Staat bilden sollen, als daß in jedem Staat nur eine Sprache geredet werden soll. Die Nationalität soll nicht die Grenze des Staats bestimmen, sondern sie soll die Basis desselben bilden; denn der Souverain des Landes kann nur dann die Kräfte desselben zur vollen Geltung bringen, wenn er mit sammt seiner Souveränität der Träger eines sittlich gegliederten, organischen Ganzen ist, der Träger einer Nation. So ist Rußland unzweifelhaft ein nationaler Staat, obgleich es

viele fremde Völker unterworfen hat, ebenso Frankreich, obgleich es über manche deutsche Bezirke herrscht, während manche französische Bezirke ihm fehlen.

Wir legen, wie gesagt, bei der Staatenbildung auf das Prinzip der Nationalität einen großen Werth; allein wir können ihm selbst in dem Fall nicht ausschließlich die Führung überlassen, wenn es die territoriale Möglichkeit besitzt. Die Nationen beruhen nicht bloß in der Masse von Individuen, die eine Sprache sprechen, sondern in ihrer sittlichen Gliederung; geht diese verloren, so ist auch auf den neu entstandenen Nationalstaat wenig Hoffnung zu setzen. So waren, z. B. die nordamerikanischen Colonien in ihrer Organisation ziemlich fertig, als sie den Faden zerschnitten, der sie an das Mutterland knüpfte. Dazu kam noch der glückliche Umstand, daß zwischen beiden das Weltmeer lag. So hatte Griechenland, als es sich von der Botmäßigkeit der Pforte losriß, seit Jahrhunderten eine municipale Selbstregierung gehabt. Der Versuch Deutschlands, sich 1848 staatlich zu konstituiren, mußte scheitern, weil ihm die politische, die historische Basis fehlte. Seine historische Basis war das Territorialfürstenthum, und dieses hätte von einem idealen Mittelpunkt aus nur durch eine Revolution erschüttert werden können, die kein andrer als ein Feind des Menschengeschlechts uns wünschen möchte.

Zur Staatenbildung gehört, außer der nationalen und der geographischen Basis, noch eine politisch-historische Basis. Der italienischen Demagogie hat diese Basis gefehlt, und selbst wenn es ihr gelungen wäre, einige Jahre hindurch die fremde Intervention zu vermeiden, so wäre die Folge einer glücklichen mazzinistischen Erhebung doch nur eine unabsehbare Anarchie gewesen.

Diese Basis ist jetzt gefunden. Wie sehr das Haus Savoyen schon in der Periode, wo es noch in eine unpopuläre, reaktionäre Politik verstrickt war, das Prinzip der Nationalität und den Gegensatz gegen Oestreich im Auge hatte, zeigt uns eine sehr interessante Schrift, auf die wir hier verweisen, obgleich sie schon ein Jahr alt ist: *Mémoire sur les affaires d'Italie, adressé a la diplomatie Européenne* (Brüssel, Flatau). Allmälige Vergrößerung in Oberitalien ist der consequente Gedanke dieses Hauses gewesen, ein Gedanke, an welchem selbst ein so ultramontaner Politiker wie der Graf de Maitre mit der Zähigkeit eines starken Willens festhielt. Diese Politik hat ihre feste Haltung aber erst seit 1849, seit der Thronbesteigung des Königs Victor Emanuel gefunden. Der König hat begriffen, daß der Ehrgeiz seines Hauses nur befriedigt werden könne, wenn er neben der Fahne der Nationalität auch die des Liberalismus aufpflanzte, wenn er den Italienern die Aussicht eröffnete, sich innerhalb seiner Staaten durch Freiheit und Selbstregierung zum Wohlstand und zur nationalen Vollkraft zu entwickeln. Diese Sympathien waren dem Staat Sardinien erworben, ehe es zum Kriege kam: und nun zeigte Victor Emanuel, worauf es allerdings auch sehr wesentlich ankommt: daß er für seine Idee im Stande sei, sein Leben in die Schanze zu schlagen. Mit der Berwegenheit eines Quapen hat er sich ins Schlachtgewühl gestürzt; aber kaum war dieses beendigt, so hat er mit der vollen Kälte eines italienischen Politikers seine weiteren Maßregeln ins Werk gesetzt.

Sollte nun ein Moralist auftreten und die Bemerkung machen, ein solcher Ehrgeiz sei doch etwas sehr Unmoralisches u. s. w., so freuen wir uns zwar sehr über diesen Schatz von politischer Moral, der in unsern Zuständen herrscht, müssen aber

doch erwidern, daß diese Bemerkung nicht zur Sache gehört, daß es nur darauf ankommt, wie weit der Ehrgeiz des Hauses Savoyen mit dem wahren Wohl Italiens und Europas in Einklang zu bringen ist.

Die zweite Eventualität, von der man viel redet, die Errichtung eines zweiten, mittelitalienischen Königreichs, hat gar keinen Sinn, und wir sind vollständig Nicasolis Ansicht, der die Festhaltung der bisherigen Territorialgrenzen einem Dualismus vorzieht, welcher der alten Rivalität zwischen Oestreich und Frankreich nur ein neues Leben geben würde.

Das Königreich Sardinien ist bei seiner gegenwärtigen Entwicklung und bei der Persönlichkeit seines Königs im Stande, sich die angrenzenden Provinzen zu assimiliren. Wenn man mit verzweifelnder Schadenfreude auf die Rivalität hinweist, die zwischen Turin, Florenz und Mailand ausbrechen werde, so setzt man dabei immer voraus, Victor Emanuel werde in französischer Weise centralisiren wollen. Er wird aber wol einsehn — denn die Verhältnisse sprechen zu deutlich dafür — daß der neue Staat nur durch eine ausgedehnte Municipalfreiheit, durch eine ausgedehnte provinzielle Autonomie gedeihen kann. Zudem ist Turin nicht so groß, um Mailand und Florenz zu absorbiren; wenn auch das Parlament sich in Turin versammelt, so hat der ehrgeizige Mailänder und Florentiner viel mehr Gelegenheit, sich hier geltend zu machen, als bei der Fortdauer der alten Zustände in seiner Vaterstadt. Die Hofsjuweliere und Hoffeisenfeder in Toscana werden freilich ein großes Geschrei erheben; aber in diesen liegt keine Gefahr, und die östreichische Armee scheint in Mailand nicht populär genug gewesen zu sein, um die Sehnsucht nach der Wiederkehr des Generalcommandos zu erwecken.

Das Königreich Sardinien hat Lebenskraft genug, sich die benachbarten Provinzen, auch die Legationen, zu assimiliren. Die Erwerbung der letztern ist schon darum nothwendig, um das venetianische Gebiet vom Kirchenstaat zu trennen. Aber die Lebenskraft eines jeden Staats hat ein bestimmtes Maß. Ob der neue Staat in seiner Zukunft dazu bestimmt ist, ganz Italien zu vereinigen, darüber könnte nur ein Prophet sich aussprechen: für jetzt würde jeder Versuch, über die natürlichen Grenzen hinauszugehen, nur zu einer völligen Auflösung des bestehenden staatlichen Organismus führen. Sardinien innerhalb dieser natürlichen Grenzen ist ein starker Staat, aber schon die Aufnahme Roms würde in diesen Organismus den Keim einer ansteckenden Krankheit übertragen, die mit seiner Auflösung endigen müßte. —

Wenn also Preußen consequent ist, so wird es für Kleinitalien, nicht für Großitalien sein.

Dies ist die unbefangne Ansicht über die Sachlage. Von der Idee der Legitimität bei den italienischen Fürstenthümern zu sprechen, muß für einen, der auch nur oberflächlich mit der Geschichte bekannt ist, als eine Entweihung dieser hohen Idee gelten; und die Nothwendigkeit, die deutsche Hegemonie über Italien fortzuführen, kann nur derjenige behaupten, der ganz vergißt, was uns diese angebliche Hegemonie gekostet hat. Man blicke in das Buch der deutschen Geschichte von 1818—1848 und man wird keine weitem Argumente bedürfen.

Wenn aber Preußen die Einsicht gewinnt, daß eine Befriedigung der Wünsche der Italiener zugleich im europäischen Interesse liegt, so hat es darum doch nicht die Aufgabe, für diese Befriedigung in die Schranken zu treten; es genügt, wenn es

diese Ansicht den übrigen Großmächten deutlich macht und sich sehr entschieden darüber ausspricht, daß derjenige, der mit Gewalt dagegen auftreten wollte, es auf seine Gefahr thun müsse. Wie die Sachen jetzt stehen, würde eine solche Erklärung ausreichen, den europäischen Frieden zu sichern, und Preußens Stellung in Deutschland würde dadurch nicht geschwächt, sondern befestigt werden. Preußen hat aber auch noch einen andern Grund zu solchem Auftreten. Es ist nach der modernen Theorie ein paritätischer Staat, d. h. in ihm hat die katholische Kirche mit der evangelischen gleiche Berechtigung; wenn aber die katholische Kirche sich vermißt, mit ihren Dogmen den Staat regieren zu wollen, so muß sich Preußen daran erinnern, daß sein historischer Kern, ja daß sein Lebensnerv der Protestantismus ist, daß es mit dem Protestantismus, auf den es gebaut ist, siegt oder untergeht, daß zwischen ihm und dem Papstthum nur gegenseitige Duldung herrscht und daß der Papst nicht verfehlen würde, den Degen eines neuen Daun zu weihen. † †

Literatur.

Berichtigungen zu Schillers und Goethes Briefwechsel. — Es ist zu beklagen, daß die 1856 erschienene zweite Ausgabe des Briefwechsels zwischen Schiller und Goethe, obwohl sie außer den Ergänzungen manche Berichtigungen in der Stellung einzelner Briefe enthielt, dennoch viele übergangen hatte, die selbst dem nur aufmerksamen Leser, geschweige dem Forscher, sich aufdrängen. Daher hat Dünker in seiner neuesten Schrift: „Schiller und Goethe, Uebersichten und Erläuterungen zum Briefwechsel 2c.“ eine reiche Nachlese mit Berichtigungen halten können; aber auch dieser treustleißige Goethekenner hat doch noch Mehreres übersehen, wie folgende Nachträge zeigen mögen, welche noch immer nicht reines Feld zu machen sich vermessen.

Brief 127 der zweiten (hier allein anzuziehenden) Ausgabe gehört nach Boas richtiger Bestimmung (Schillers und Goethes Xenienmanuscript S. 74) vor Brief 124, welcher die Antwort auf jenen ist.

Bei Brief 138 ist, wie Boas bemerkt (Xenienmanusc. S. 50), das Datum verdruckt: es muß „den 26. December“ heißen.

Brief 145 muß nach der Berichtigung von Boas (Xenienman. S. 106) auf Brief 149 folgen.

Nach Brief 562 fehlt das scherzhafte Executionsschreiben von Goethe und Kirms an den mit Herausgabe des Manuscripts von Wallensteins Lager fort und fort zaudernden Schiller, vom 27. December 1798 (Weimars Album zur 4. Säkularfeier der Buchdruckerk. S. 141.)